

VI. Spielfeld und Akteure: Madison, Wisconsin, Februar 2011

Feldstudien sind freilich nicht nur in räumlicher Hinsicht immer nur ein Ausschnitt der Realität. Im Grunde sind sie es ebenfalls in Bezug auf den zweiten entscheidenden Filter unserer Wirklichkeitswahrnehmung: der Zeit. Im Grunde friert man seine Eindrücke ein, drückt sozusagen auf die Pause-Taste und erstellt ein Standbild. Meine beiden längeren Aufenthalte in Wisconsin waren von März bis Juni und von September bis Dezember 2012. Während die Geschichte, die im Folgenden erzählt wird, nicht allein in diesem Zeitraum spielt, ist es doch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass der Zeitpunkt einer Erhebung das Ergebnis maßgeblich beeinflusst. Möglicherweise wäre es anders ausgefallen, wenn ich zwei Jahre später in den *Badger-State* gekommen wäre. Ziemlich sicher bin ich mir allerdings, dass mein Ergebnis ein wenig anderes gewesen wäre, wenn ich zwei Jahre früher diese Orte besucht hätte. Oder genauer gesagt: Es wäre zumindest verborgener geblieben, was in dieser Zeit überdeutlich sichtbar wurde. Denn in den Jahren zwischen 2010 und 2012 passiert etwas mit Wisconsin und damit auch mit den Menschen in Dane und Waukesha County. Zu diesem Zeitpunkt bricht nämlich ein Konflikt aus, in dem sich ausdrückt, für was die beiden Orte paradigmatisch stehen und der den Diskurshorizont der Akteure noch lange bestimmen wird. Und da der Hauptschauplatz des Konfliktes auch noch in einem unserer beiden Fallbeispiele liegt, macht es Sinn, die Geschichte von Dane und Waukesha County zunächst im Februar 2011 beginnen zu lassen.

In diesem Monat nämlich rückt dieser kleine Bundesstaat im Mittleren Westen der USA plötzlich für viele Wochen in den Fokus der nationalen und bald sogar internationalen Berichterstattung: In Wisconsin, sonst eher für sein Bier, seine Bratwurst und seinen Käse bekannt, ist eine politische Auseinandersetzung entbrannt, die Bilder produziert, die es in westlichen Demokratien – und vor allem in den USA – seit den frühen 1980er Jahren nicht mehr gegeben hat:

Für mehrere Wochen belagern zehntausende Demonstranten das State Capitol in der Hauptstadt Madison, dem Sitz des Gouverneurs und der State Legislature, des Parlaments des Bundestaates. Sie fordern die Rücknahme eines Gesetzes, das der erst wenige Wochen zuvor ins Amt gekommene republikanische Gouverneur Scott Walker in Rekordzeit durch das von seiner Partei ebenfalls kontrollierte Landesparlament boxen will: Die sogenannte „Budget Repair Bill“, oder auch, wie sie fortan genannt wird, den *Act 10*. Mit ihm will Walker, so jedenfalls lautet die offizielle Begründung, die gravierenden Haushaltsprobleme Wisconsins in den Griff bekommen. *Act 10* sieht Kürzungen bei Pensionszahlungen, das Einfrieren der Gehälter der Angestellten des öffentlichen Dienstes und einige andere durchaus drakonische Sozialkürzungen vor. Nichts aber trägt so sehr zur Mobilisierung bei, wie Walkers Versuch, den öffentlich Beschäftigten das Recht zu nehmen, kollektiv um ihre Löhne und andere Angelegenheiten zu verhandeln. Für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bedeutet das einen Anschlag auf ihre Existenzgrundlage als Organisation.

Die Nachricht über Walkers Vorhaben der Abschaffung des „Collective Bargaining“, dass er am 11. Februar 2011 öffentlich macht, verbreitet sich schnell. Die ersten, die zum Widerstand aufrufen, sind noch am gleichen Tag die Lehrassistenten der Universität. Dann folgt die Lehrgewerkschaft. Da Lehrer kein Streikrecht besitzen, meldet sich in Madison die Hälfte von Ihnen am nächsten Tag einfach kollektiv krank, in der Stadt müssen die Schulen daraufhin schließen. Aus ein paar Hundert Demonstranten sind vier Tage nach Walkers Ankündigung zur Abschaffung des „Collective Bargaining“ schon mehrere Tausend geworden, nach einer Woche sind es über Zehntausend. Sie beginnen nicht nur, vor dem Capitol zu campen, sondern dringen auch in das Gebäude selbst ein, woraufhin die republikanischen Abgeordneten ihre Türen verriegeln.

In einer, im wahrsten Sinne des Wortes, Bunkermentalität beschließen sie dennoch, Nägel mit Köpfen zu machen und das geplante Gesetz so schnell wie möglich durch beide Kammern des Parlaments zu bringen. In der „State Assembly“ ist das weniger ein Problem, aber um im Senat beschlussfähig zu sein, brauchen sie die Anwesenheit von 3/5 der Mitglieder, womit ihre einfache Mehrheit dort alleine nicht reicht. Die Demokraten wollen der Abstimmung daher einfach fernbleiben, doch als Gerüchte die Runde machen, Walker beabsichtige, sie notfalls mit Hilfe des Scheriffs zur Abstimmung eskortieren zu lassen, verlassen die 14 Senatoren der demokratischen Partei in den frühen Morgenstunden des 17. Februar Wisconsin und fliehen über die Staatsgrenze nach Illinois.

Über die Flucht ihrer gewählten Volkvertreter bricht frenetischer Jubel unter den Protestierenden aus. Erst drei Wochen später kehren die Senatoren zurück, abermals unter dem großen Beifall der Demonstranten, gefeiert wie Rockstars.¹

Es ist ein veritabler Hauch von Umsturz, der in diesen Tagen durch die eiskalte Winterluft von Wisconsin flirrt, mit all den mittlerweile popkulturell eingesmolzenen Szenen der großen Revolutionsromantik. Man camp't in Zelten vor dem Capitol und natürlich kommt auch bald der unvermeidliche Bürgerrechtler und Protest-Veteran Jesse Jackson und singt mit den Demonstranten „We Shall Overcome“. Ansonsten allerdings dominiert das „Jump Around“ der Hip-Hop-Band „House of Pain“ die Szene, das aus riesigen Boxen über den Platz dröhnt und zu dem sonst 80 000 Zuschauer bei den College-Football-Spielen der „Wisconsin Badgers“ im örtlichen „Camp Randall“ auf der Stelle hüpfen. Doch obgleich der Protest wie alle modernen Revolten auch einen Happening-Charakter hat, nehmen sich die Aktivisten in Wahrheit über alle Maßen Ernst, und die intellektuellen Stichwortgeber der Proteste werden später behaupten, dass die Occupy-Bewegung hier ihren Anfang nahm.² Man tauscht gar Solidaritätsadressen mit den Protestierenden am Kairoer Tahrir-Platz aus, und verspricht sich gegenseitig, nicht zurückzuweichen. „This is what democracy looks like“ lautet der Schlachtruf der Demonstranten. Es ist natürlich eine absurde Analogie: Die einen wollen unter Einsatz des eigenen Lebens einen brutalen Diktator stürzen, die anderen einen immerhin demokratisch ins Amt gekommenen Gouverneur an der Verabschiedung eines Gesetzes hindern. Doch dieser Sinn für Perspektive ist längst allen Beteiligten abhandengekommen. Wer meint, Hitler-Vergleiche seien eine exklusive Angelegenheit der paranoiden amerikanischen Rechten, sieht sich im Winter 2011 eines Besseren belehrt: auch Walker zieren auf vielen Plakaten ein kurzer Schnurrbart und eine SS-Uniform.

Der Gouverneur, dessen Wahlsieg ein Produkt der großen Mobilisierungswelle durch die Tea Party war, die bei den Zwischenwahlen 2010 im ganzen Land sehr erfolgreich gewesen ist, bemüht sich derweil nach besten Kräften, die Stimmung weiter anzuhetzen. So erhält er wenige Tage nach Beginn der Proteste einen Anruf des liberalen Bloggers Ian Murphy.

-
- 1 Die Vorgeschichte und der Ablauf der Wisconsin-Proteste ist gut und sehr detailliert dargestellt bei Jason Stein/Patrick Marley: *More Than They Bargained For: Scott Walker, Unions and the Fight for Wisconsin*, Madison 2013.
 - 2 Vgl. John Nichols: *Uprising. How Wisconsin Renewed the Politics of Protest from Madison to Wall Street*, New York 2012.

Der gibt sich als David Koch aus, einen erzkonservativen Multi-Milliardär und bekannten Finanzier der Tea Party Bewegung und damit für viele Demokraten der Leibhaftige selbst. Koch alias Murphy wird tatsächlich zu Walker durchgestellt und gibt ihm unter anderem ein paar gute Ratschläge mit auf den Weg: Ob es denn nicht eine gute Idee sei, ein paar gewalttätige Demonstranten einzuschleusen, um die Situation eskalieren zu lassen und danach richtig mit dem Mob aufzuräumen? Walker antwortet in seinem schnodderigen Mittlerer-Westen-Akzent nur mit: „We thought about that“, und fügt hinzu, dass seine Leute aber schließlich zu dem Ergebnis gekommen seien, dass es doch besser wäre, die Demonstrationen einfach auslaufen zu lassen.

Scott Walker, ein Mann von unscheinbarer Statur und äußerst blassem Teint, Sohn eines Baptistenpredigers, glaubt selbst zutiefst an seine historische Mission: Auf dem Höhepunkt der Proteste vergleicht er seine eigene Lage mit der Ronald Reagans beim Streik der Fluglotsen 1981. Auch Reagan sei damals unbeugsam geblieben – was schließlich, so Walker allen Ernstes, der erste Riss in der Berliner Mauer gewesen sei; danach hätten die Sowjets schließlich gewusst, dass Reagan kein „Schwächling“ sei.³

Freilich: Der Mann für die Geschichtsbücher scheint im Februar und März 2011 in der ganzen Stadt manchmal eher wie eine einsame, verlorene Figur. Demonstranten belagern auch sein Privathaus, sein Terminkalender wird zum bestgeschützten Geheimnis von Wisconsin, denn es gibt sogar Morddrohungen. Walker selbst wird aus den heftigen Anfeindungen gegen ihn und seine Familie später politisch süßen Honig saugen, es ist ein essentieller Teil der Erzählung vom unbeugsamen Reformen, den nichts von seinem Weg abbringen kann. „Unintimidated“ – Uneingeschüchtert, so wird er später großspurig seine Autobiographie nennen, die in Wahrheit natürlich – wie immer bei solchen recht vorläufigen Lebensbilanzen – ein Bewerbungsschreiben für höhere Aufgaben darstellt, denn die Ereignisse dieses Winters werden ihn ein paar Jahre später kurzzeitig zu einem ernst zu nehmenden Kandidaten für die republikanische Präsidentschaftskandidatur machen.⁴ Davon aber ist jetzt noch nichts zu ahnen. Als Walker inmitten der Proteste ein Restaurant in der Innenstadt aufsucht, beginnen die anderen Gäste zu buhen und zu pfeifen, so lange, bis der Inhaber des Restaurants den Gouverneur auffordert, sein Etablissement wieder zu verlassen. In den meisten Geschäften der Stadt hängen Anti-Walker Plakate in den Schaufenstern, die ihre Solidarität mit den Protestierenden ausdrücken.

3 Vgl. Stein/Marley: *More Than They Bargained for*, a.a.O. S. 58.

4 Vgl. Scott Walker: *Unintimidated. A Governor's Story and a Nation's Challenge*, New York 2014.

Etwa zwei Wochen nach Beginn der Proteste hat die Welle ihren Höhepunkt erreicht: 100.000 Menschen versammeln sich jetzt vor dem Capitol zum Widerstand. Selbst die Polizei von Madison und Dane County sympathisiert mit den Demonstranten, und das obwohl Walker – ein Schelm wer Böses dabei denkt – sie ausdrücklich von allen Kürzungen ausgenommen hat. In der Hauptstadt des von ihm regierten Bundesstaates muss der republikanische Gouverneur sich wie der verhasste Statthalter einer fremden Besatzungsmacht fühlen.

Die Sympathien der Ordnungshüter liegen vielleicht auch darin begründet, dass in den USA auch das Amt des Scheriffs durch eine demokratische Wahl vergeben wird – und in Madison, Dane County, werden dafür schon seit einiger Zeit nur noch Demokraten gewählt. Die Stadt ist eine krasse Hochburg der Demokratischen Partei und deshalb ist auch der Ort der Revolte kein Zufall. Die Universitätsstadt Madison gilt schon lange als Hochburg einer aktivistischen linken Kultur. Vermutlich hätte es nicht viele andere Städte in den USA gegeben, an denen eine solche Mobilisierung geglückt wäre. Madison war schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der Keimzellen des „Progressive Movement“, dann in den 1960er Jahren eines der Epizentren der Studentenproteste gegen den Vietnamkrieg. Einer von Walkers Vorgängern, der Republikaner Lee Dreyfuss, bezeichnete die Stadt einmal als „30 square miles, surrounded by reality“. Er meinte das nicht unbedingt positiv, eher sollte es wohl aussagen, dass die Bewohner Madisons mit dem Rest des Landes „out of touch“ seien. Die liberale Klasse der Stadt allerdings trägt diesen Titel wie ein Ehrenabzeichen, verweist er doch auf ihren eigenen Anspruch, ganz anders zu sein als der Rest des Staates. Sie hatten Walker nicht zum Gouverneur gemacht: In Dane County, das zum größten Teil aus Madison, seinen Vororten und einigen ländlichen Gemeinden besteht, hat Walker nicht einmal 30% der Stimmen erhalten, in Madison selbst nicht einmal 20%. Es gibt Nachbarschaften in der Stadt, in der die Republikaner in Präsidentschaftswahlen noch hinter dem Kandidaten der Grünen auf dem dritten Platz landen. Viele Menschen in der Stadt kennen Republikaner nur vom Hörensagen. Im 20-köpfigen Stadtrat von Madison sitzt tatsächlich kein einziger Vertreter der GOP.

Es gibt während der Anti-Walker Proteste von Madison gleichwohl auch ein paar einsame Gegendemonstranten, die Walker unterstützen. Viele sind es nicht, die es wagen, sich in dieser aufgeheizten Stimmung vor das Kapitol zu stellen. „Americans for Prosperity“, die konservative Lobby-Gruppe, die vom bereits erwähnten David Koch finanziert wird, hat einige Hundert Aktivisten in die Hauptstadt gebracht. Für viele von ihnen war die Reise allerdings nicht sehr weit: Sie kommen aus den ca. 50 Meilen von Madison entfernten *Suburbs* von Milwaukee, jenen wuchernden Vorstädten, die sich seit den 1950er Jahren um diese einzige echte

Großstadt Wisconsins gelegt haben. Milwaukee selbst, mit seinem großen Anteil an afro-amerikanischen Wählern, ist ebenfalls demokratisch geprägt – die Suburbs im Umland aber sind mindestens so konservativ, wie Madison liberal ist. Diese Vororte sind Scott Walkers Heimat, hier hat er seine ersten politischen Gehversuche unternommen, sind auch seine stärksten Bataillone anzutreffen. Die meisten Stimmen bekommt er aus Waukesha County, das in just dieser Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung zum konservativen Widerpart der liberalen Hauptstadt wird, ein Ort an dem politisch alles einmal komplett auf rechts gedreht ist – „Walkers-tan“ nennt man im liberalen Madison voller Verachtung diesen Teil des Staates. Einige der konservativsten Republikaner von Washington sind von Waukesha aus in den Kongress gewählt worden: James Sensenbrenner etwa, der Autor des „Patriot Act“, kommt von dort, und auch ein Stück des Wahlkreises von Paul Ryan liegt in Waukesha.

In Waukesha denken die meisten Menschen so wie Walker selbst: dass die öffentlichen Angestellten in Wisconsin, allen voran natürlich die liberalen Professoren der Universität, mit den hart erarbeiteten Steuergeldern der rechtschaffenen, hart arbeitenden Bürger von Waukesha schon zu lange eine Party gefeiert haben. Auch 2011 stecken die USA noch in der Rezession. Waukesha gehört zu den wohlhabendsten Counties des Staates, aber die Krise ist auch dort spürbar, oder jedenfalls, und dies wirkt als Katalysator von Ängsten oft stärker als die objektive Situation, die Antizipation einer nahenden Krise. Gerade in Waukesha haben Amerikaner, die „nur“ zur gehobenen Mittelklasse gehören, sich riesige Häuser geleistet, oft abfällig als „McMansions“ bezeichnet, was den Gigantismus ebenso deutlich machen soll wie die, in den Augen der Kritiker, relative Gleichförmigkeit dieser Riesenhäuser mit sechs bis acht Zimmern. Die amerikanische Immobilienkrise macht viele Leute dort äußerst nervös. Auch deswegen gibt es in Waukesha nur sehr wenige, die sich über die Kürzungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes empören können. Dort hält man die Proteste für eine von den „Bossen“ der Gewerkschaften orchestrierte politische Veranstaltung, um die Privilegien einiger weniger zu verteidigen. Für die Republikaner von Waukesha geht es nicht um einen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, wie es die Linken in Madison sehen, sondern zwischen Steuerzahlern und Steuerkonsumenten, oder wie es einige von ihnen etwas drastischer formulieren: ein Konflikt zwischen den „makers“ und den „takers“.

Waukesha ist einer jener Orte, der für Europäer beim ersten Mal eine etwas verstörende Erfahrung sein kann, weil uns einfach jeder Vergleichsmaßstab fehlt. Es gibt keinen Stadtkern, kein Zentrum, nirgends, nur die immer gleiche Heilige Dreifaltigkeit aus Wohnsiedlung, Highway und Shopping Mall. Wer nach Waukesha kommt, der versteht, dass die USA sich mindestens mental noch immer in

der Phase ihrer Besiedlung befinden, weshalb sich einige ihrer Bürger manchmal eben auch wie Siedler benehmen. Für die meisten Menschen in Madison hingegen ist Waukesha nur eine Transitstrecke auf dem Weg nach Milwaukee, mentales „fly-over-America“, fremdes, feindliches Territorium. Einmal schilderte ein Gastronom von Madisons State Street – einer der Orte, an denen das liberale Herz der Hauptstadt schlägt – dem Verfasser, wie er auf dem Weg nach Milwaukee eine kurze Pause machen musste und ihm plötzlich auf dem Parkplatz all die Autos mit den „Stand with Walker“-Aufklebern auf der Stoßstange auffielen – etwas, was man in Madison in dieser Zeit fast überhaupt nicht sah. „I felt dirty. When I had arrived in Milwaukee, I wanted to take a shower.“⁵

Während der Wisconsin-Proteste versinnbildlicht sich in diesen beiden Orten die Spaltung des Bundesstaates. Hier die urbane, quirliche Universitätsstadt Madison, dort das zersiedelte, suburbane Waukesha. Die Orte sind so grundsätzlich verschieden; und sich dabei andererseits doch so ähnlich. Das gilt nicht für die schon beschriebenen soziostrukturellen Charakteristika. Beide Orte sind außerdem auch Hochburgen politischer Partizipation: Bei der Präsidentschaftswahl 2012 lag die Wahlbeteiligung in Dane County bei 81%; in Waukesha County waren es sogar 84%. Damit lagen Dane und Waukesha an sechster bzw. zweiter Stelle unter allen Counties mit mehr als 50.000 Einwohnern in den gesamten USA; und geschlagen wurde Waukesha nur von einem benachbarten County, dass ebenfalls zu den Suburbs von Milwaukee gehört.⁶ Niemand im amerikanischen Repräsentantenhaus hat absolut so viele Stimmen auf sich vereinigen können wie die beiden Kongressabgeordneten, die die größten Teile von Dane und Waukesha vertreten, der Demokrat Marc Pocan und der Republikaner James Sensenbrenner.⁷

Diese beiden Hochburgen politischer Partizipation sind die Dynamos, die die Hälften eines ehemals sehr konsensgeprägten Bundesstaates auseinandergetrieben haben.

-
- 5 In dieser Arbeit werden fortan in der Regel die Klarnamen aller Personen genannt. Ausnahmen werden natürlich dort gemacht, wo, wie bei der obigen Äußerung, Zitate nicht aus den „offiziellen“ Interviews, sondern aus eher informellen Begegnungen stammen.
 - 6 Vgl. Craig Gilbert: Far from creating fatigue, partisan battles energize voters, in: *Milwaukee Journal Sentinel*, 10. Mai 2014, <http://www.jsonline.com/news/state/politics/far-from-creating-fatigue-partisan-battles-energize-voters-b99256305z1-258676961.html> (zuletzt abgerufen am 15.0.2015).
 - 7 Vgl. Craig Gilbert: Top vote-getters in US House hail from neighboring Wisconsin districts, in: *Milwaukee Journal Sentinel*, 13. Januar 2015, <http://www.jsonline.com/blogs/news/288475091.html> (zuletzt abgerufen am 15.06.2015)

Als die Welle der Empörung über Walkers Politik nicht verebben will, überlegt man in Madison, die Mobilisierung für ein gewagtes Manöver zu nutzen. In der Verfassung des Staates Wisconsin gibt es, wie auch in manchen anderen Bundesstaaten, einen Passus, mit dem es möglich ist, einen gewählten Gouverneur nach einem Jahr Amtszeit durch eine Sonderwahl wieder abzuwählen: den sogenannten „Recall“. In der Geschichte der USA ist dieses Instrument gegen einen regierenden Gouverneur erst zwei Mal probiert worden, 1921 in North Dakota und 2003 in Kalifornien – in beiden Fällen allerdings gelang die Abwahl. Um den Missbrauch dieses Instrumentes zu verhindern, hat man freilich die Hürden ziemlich hoch angesiedelt. Die Initiatoren des Recalls brauchen immerhin ein Viertel der Stimmen derjenigen, die bei der letzten Gouverneurs-Wahl zur Urne geschritten sind, was in diesem Fall 540.000 Stimmen bedeutet – nicht gerade wenig in einem Bundesstaat mit knapp fünf Millionen Einwohnern. Die notwendigen Unterschriften werden jedoch kein Problem sein. Im November 2011 beginnt das Stimmentensammeln und nach nicht einmal acht Wochen haben die Organisatoren fast eine Million Stimmen gesammelt. Nur ein Jahr nach seiner Amtseinführung muss Scott Walker den nächsten Wahlkampf führen und die Demokraten, allen voran jene in Madison, Dane County, sind siegesgewiss.

Am 5. Juni 2012 allerdings scheitert dieser dritte Versuch eines Recalls in der amerikanischen Geschichte, denn Walker schlägt seinen Widersacher, den Demokraten Tom Barrett, mit 53% der Stimmen. Bis zum Ende hatte das Lager der Demokraten auf einen Sieg gehofft und nach Bekanntgabe der Ergebnisse steht Madison unter Schockzustand; auf ABC laufen sogar Bilder, die weinende und fassunglose Menschen zeigen, die nicht glauben können, dass sich nach all den Protesten und der Empörung und dem unbeschreiblichen Gefühl von Solidarität am Ende – rein gar nichts ändern soll. Walker hat sogar ein paar Stimmen mehr als beim letzten Mal erhalten. Es ist wie in dem berühmt gewordenen Ausspruch der Filmkritikerin Pauline Keal, die nach Richard Nixons Wiederwahl 1972 erstaunt ausgerufen haben soll: „How can that be? No one I know voted for Nixon.“

Es ist der Schock, der Menschen befällt, wenn sie nur mit Leuten verkehren, deren Realitätswahrnehmung sich von ihrer nicht unterscheidet – eben ein plötzlicher Riss in der Echokammer. Walkers Sieg ist für sie kaum zu glauben, musste ihnen paradox erscheinen. So hatte er in Dane County keine 30% der Stimmen bekommen, in Madison selbst keine 20%. In Waukesha County, aber, und auch in den anderen suburbanen Counties um Milwaukee herum, hatte Scott Walker 69% der Stimmen erlangt. Und es war nicht nur die prozentuale Verteilung: dort war man, ebenso wie in Madison, in Scharen zur Urne geschritten: die Wahlbeteiligung in Waukesha lag bei über 70%, was für amerikanische Gouverneurswahlen

über alle Maßen ungewöhnlich ist. Ohne Waukesha und die anderen suburbanen Counties außerhalb von Milwaukee hätte Scott Walker den Recall nicht überlebt.

Es ist die Zeit, in der nicht nur die Rede von „Walkerstan“ die Runde macht. In Madison nennt man Waukesha jetzt manchmal auch „Mordor“, nach dem verbrannten Ödland in J.R.R. Tolkiens epischer Saga „Der Herr der Ringe“, aus dem alles Böse entspringt.⁸ Das ist ein Scherz, symbolisiert aber auch die tiefe moralische Aufladung dieses Konfliktes. Natürlich ist es auch in Waukesha, wo Scott Walker seine Siegesrede hält. Es ist vielleicht nicht originell, aber trotzdem eine kräftige Prise Salz in die offenen Wunden der Demokraten, als er noch einmal an die Proteste 2011 erinnert und kurzerhand den Slogan der Protestierenden zum Motto seiner Wiederwahl macht: „This is what Democracy looks like!“

8 Popularisiert hat den Begriff wahrscheinlich der Publizist Abe Sauer. Vgl. Abe Sauer: As Goes Wisconsin, so Goes Hell, in: *The Awl*, 12. April 2012, <http://www.theawl.com/2012/04/as-goes-wisconsin-so-goes-hell> (zuletzt abgerufen am 28.06.2015)

